Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

25/SVV/0815

Antrag
öffentlich

Erstellung eines Armuts- und Reichtumsberichts für die Landeshauptstadt Potsdam

Einreicher:	*Datum*
Fraktion BfW	08.09.2025

geplante Sitzungstermine	*Gremium*	*Zuständigkeit*
24.09.2025	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Armutsbericht der Stadt weiterzuentwickeln und ab 2027 einen Armuts- und Reichtumsbericht zu vorzulegen, mit dem die soziale Ungleichheit in der Stadt transparent erfasst wird, um gezielte Maßnahmen zu mehr sozialer Gerechtigkeit ableiten zu können.

Begründung:

Potsdam ist eine wachsende Stadt mit dynamischer Wirtschaftsentwicklung, jedoch sind die sozialen Gegensätze in den letzten Jahren spürbar gewachsen. Die Lebenshaltungskosten, insbesondere Mieten und Energiepreise, steigen stark, während gleichzeitig viele Bürger:innen von Armut betroffen oder bedroht sind. Um eine fundierte Grundlage für sozialpolitische Entscheidungen zu schaffen, ist eine systematische Erfassung der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Zugang zu öffentlichen Gütern notwendig.

Ein kommunaler Armuts- und Reichtumsbericht soll unter anderem folgende Aspekte beleuchten:

1. Einkommens- und Vermögensverteilung in Potsdam,
2. Wohnungsmarktentwicklung und bezahlbarer Wohnraum,
3. Altersarmut und soziale Absicherung,
4. Zugang zu Kultur, Gesundheit und Mobilität,
5. Auswirkungen von Stadtentwicklungsprojekten auf soziale Ungleichheit.

6.Wie viel Geld fließt aus Potsdam auf Grund der Kreditbelastung/Fremdfinanzierung aus Potsdam ab.

7. Wie hat sich der Wert des Bodens in Potsdam seit 1990 entwickelt? Das heißt, wie hat sich der Wert der einzelnen Grundstücke entwickelt und wem gehören sie genau.

8. Wie groß wären die Pachteinnahmen für die Stadt Potsdam gewesen, wenn sie keine Grundstücke seit 1990 verkauft hätte, sondern per Erbpacht verpachtet hätte?

Der Bericht soll in Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen, Sozialverbänden und der Stadtverwaltung erstellt und alle fünf Jahre fortgeschrieben werden. Die Ergebnisse sollen öffentlich zugänglich sein und als Grundlage für die Ausrichtung der Sozial-, Wohnungsbau- und Bildungspolitik dienen. Der Bericht soll dann auch wissenschaftliche Grundlagen für gesellschaftspolitische Initiativen an die Landes und Bundespolitik liefern.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender BfW

Anlagen:
Keine